

Diskussionsbeitrag von Emine Demirbüken-Wegner

**Metropolen-Kongress CDU/CSU/Fraktion
am 11.5. 2011**

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

das Berlin-Bild hat sich in den letzten Jahren langsam aber stetig gewandelt. Unsere Stadt ist zu einem - wenn nicht sogar zu dem - Besuchermagnet geworden, von dem die Mehrzahl der Touristinnen und Touristen geradezu ins Schwärmen gerät. Das müsste mich als Landespolitikerin eigentlich froh stimmen, denn diese Perspektivänderung ist gut für die Stadt und bringt den notwendigen Schub für Weiterentwicklung und Innovation.

Doch wie sieht es mit der Teilhabe der Berlinerinnen und Berliner an dieser Entwicklung und mit ihrer Lebenswirklichkeit aus? Angesichts der relativ hohen Kinderarmut würde ich sagen, sehr unterschiedlich und zum Teil besorgniserregend; zeigt mir doch mein politischer Alltag, wie viele Menschen in Berlin mit unterschiedlichsten ja sogar mit Existenz bedrohenden Problemen zu kämpfen haben.

Das betrifft vor allem Familien mit und ohne Migrationshintergrund insbesondere aus der unteren Mittelschicht und einkommensarme Familien. Gerade sie sind wie keine andere Bevölkerungsgruppe hautnah dem wachsenden Druck ausgesetzt, die durch die anhaltende Langzeitarbeitslosigkeit in Berlin und Fehlentscheidungen des rot-roten Senats verursacht werden. So habe ich es in meinen Sprechstunden immer öfter mit echter Familienarmut zu tun, mit steigenden Mieten und immer höher werdenden Lebenshaltungskosten, mit dem Abbau öffentlicher Daseinsvorsorge, mit der Abwärtsentwicklung ganzer Stadtteile, mit sozialer Ausgrenzung und schlechter werdenden Bildungschancen. Und viele dieser Probleme haben SPD und Linkspartei durch ihre kurzsichtige und kurzatmige Politik selbst verschuldet.

Oft erzählen mir Eltern auch von Übergriffen, Mobbing und Gewalt an Berliner Schulen, denen ihre Kinder hilflos ausgeliefert sind. Deshalb ist es nur zu verständlich, wenn besorgte Väter und Mütter zur Selbsthilfe greifen und vermehrt Privatschulen gründen. Andere wissen sich nicht mehr anders zu helfen und gehen an die Presseöffentlichkeit, wie die Mutter, die trotz Schulpflicht keine Beschulung für ihr autistisches Kind und keine Unterstützung der Verwaltung erhält. Viele Eltern beschwerten sich über die schlechte Qualität in den Kindertageseinrichtungen und die Jugendpolitiker aller Fraktionen beklagen seit Jahren den Abbau von Jugendeinrichtungen und die Zunahme der Hilfen zur Erziehung.

Ein uns allen bekannter Berliner Politiker hat diesen besonderen Hauptstadt - Zustand in folgende Worte gekleidet: „...Es gibt Tendenzen des Auseinanderdriftens von Stadtteilen und sozialer Spaltung. Mehr als eine viertel Million Berliner sind arbeitslos. Manche Familien leben in der dritten Generation von Stütze. Zu viele Kinder kommen noch ohne ausreichende deutsche Sprachkenntnisse in die Schule und zu viele Jugendliche verlassen die Schule ohne Abschluss. Auch in Berlin schlägt Perspektivlosigkeit zuweilen in rohe Gewalt um...“

Erstaunen wird Sie, dass das kein Oppositionspolitiker gesagt hat, sondern der regierende Partymeister persönlich und zwar 2008 anlässlich der Eröffnung seiner BE–Berlin-Kampagne. Ich sage dazu: „Welch ein Eingeständnis des Versagens und welches ein - sicherlich ungewolltes - Armutszeugnis rot-roter Politik aus berufenem Munde im 7. Jahr seiner Regierung mit der Linkspartei.“

Allerdings sind seit dieser Einschätzung 3 Jahre vergangen, doch verbessert hat sich nichts. Das ist auch dem jährlichen Monitoring soziale Stadtentwicklung zu entnehmen, dessen Ergebnisse die mangelnde politische Gestaltungskraft von Rot-Rot und die damit zusammenhängende Perspektivlosigkeit weiter Teile der Berliner Bevölkerung eindrucksvoll aufzeigt. Die verheerende Botschaft daraus ist, dass sich in den letzten Jah-

ren die Sozialstruktur um weitere Prozentpunkte verschlechtert hat und mittlerweile mehr als 600. 000 Menschen in Berlin von Transfereinkommen abhängig sind.

Vor diesem Hintergrund muss die Frage gestellt werden: Was läuft eigentlich schief im Land Berlin? Zu diesem Dilemma möchte ich ganz aktuell die Ergebnisse einer Evaluation zu den laufenden Integrationsprojekten heranziehen. Diese führt die Fehler rot-roter Politik geradezu exemplarisch vor. Vor allem wird kritisiert, dass

- eine Sozialplanung fehlt, die den wirklichen Bedarf der Maßnahmen ausweist.
- man klare Zielvorgaben und Zielvereinbarungen für die Projekte vergeblich sucht.
- herkunftsübergreifende Projekte nicht vorhanden sind und somit der interkulturelle Austausch vernachlässigt wird.
- die ehrenamtliche Arbeit vernachlässigt wird, weil die Träger mit ihren Vorstellungen nicht flexibel auf die wirklichen Bedarfe im Sozialraum ausgerichtet sind und
- die Angebote den demografischen Wandel nicht im Blick haben, so dass vielfach gravierende Probleme gerade der älteren Bevölkerung unberücksichtigt bleiben.

Doch diese Evaluationsergebnisse stehen nicht nur für den Integrationsbereich, sondern nach unserer Erfahrung auch bei der Gestaltung sozialer Infrastruktur, beim Quartiersmanagement und in der Jugendarbeit. Überall die gleiche Situation: Fehlende Bedarfsermittlung, fehlende Planung, fehlende Zielvorgaben und keine Kontrollen, ob und wie die Angebote auch wirklich die Adressaten erreichen und deren Situation verbessern. Dass dann eine Wirkungsanalyse nicht mehr möglich ist, versteht sich von selbst. Deshalb ist diese Art von Sozialpolitik, die Aktion vortäuscht aber nichts bewirkt, nur teuer rausgeschmissenes Geld, wie der Berliner sagt. Oder anders, wie eine Zeitung titelte: „Das Geld landet im Nirwana“.

Neben den vielen Aktions- und Sonderprogrammen, die Rot-Rot bevorzugt, gibt es auch Bereiche, wo sich der Senat vor-

nehm zurückgezogen hat. Einer davon ist die Familienarbeit. Diese hat der Senat nicht nur vernachlässigt, sondern war auch in den letzten Jahren weitestgehend untätig, was auch der jüngste Berliner Familienbericht scharf kritisiert.

Doch wer das soziale Miteinander stärken will, meine Damen und Herren, der muss gerade die Familien in den Mittelpunkt stellen. Von deren Wohlergehen hängt die Entwicklung einer Stadtgesellschaft im hohen Maße ab. Aus dieser Erkenntnis heraus wird die CDU Berlin nicht müde, gerade diesen Bereich in den Fokus der politischen Diskussionen zu rücken. Denn Metropolen sind erst dann wirklich lebenswert, wenn sich dort Familien wohlfühlen und Kinder optimale Entwicklungsmöglichkeiten haben. Gelingt es, einen solchen Zustand herzustellen, dann wird auch die Teilhabe und mit ihr die Integration von Menschen unterschiedlichster sozialer und ethnischer Herkunft sich auf einem guten Weg befinden. Doch bis dahin muss Berlin noch eine lange Strecke zurücklegen.

Zielgerichtete Unterstützung von Familien durch Hilfen zur Selbsthilfe muss deshalb zur Selbstverständlichkeit politischen Handelns auch in der Berliner Politik werden.

Was hat sich dazu schwerpunktmäßig die CDU Berlin vorgenommen?

Wir wollen mehr frühe Hilfen, zum Beispiel über ein flächendeckendes Hebammenprogramm, damit junge Menschen besser auf das Elternsein vorbereitet und auch nach der Geburt ihres Kindes dabei begleitet werden.

Wir wollen Familienbildungsmaßnahmen implementieren, die vor allem Hilfen im Alltag anbieten. Dazu könnte eine Elternakademie nach dem Thüringer Vorbild nützlich sein, die Familienbildungsträger und Familienbildungsangebote miteinander vernetzt.

Wir wollen, dass Kitas zu Familienzentren weiter entwickelt werden, damit Eltern möglichst niedrigschwellig und schnell Hilfe und Beratung für sich und ihre Kinder erhalten können.

Und wir wollen natürlich verlässliche Rahmenbedingungen zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf schaffen. Dazu gehören vor allem bedarfsgerechte und personell gut ausgestattete Regelangebote im Kinder- und Jugendbereich. Die permanente Unterfinanzierung solcher wichtigen Angebote, wie beispielsweise der Kita- und Hortbetreuung, muss endlich ein Ende haben.

Meine Damen und Herren, die Komplexität des Themas und die Kürze der Zeit ließen mir nur die Möglichkeit – auch wenn ich die Zeit überschritten habe - Ihnen eine relativ kurze Situationsbeschreibung insbesondere aus familienpolitischer Sicht zu geben. Ich hoffe aber, dass ich Ihnen damit trotzdem genügend Anregungen für die anschließende Diskussion geboten habe.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.